

Völker – Ethnisierung der Politik



Weggefährte des Friedens

pax christi trauert um Pater Paulus Engelhardt OP
1921 - 2014

Foto: pax christi

Mit Trauer aber auch voll Dankbarkeit für die lange Zeit seines segensreichen Wirkens hat pax christi die Nachricht vom Tode des früheren Geistlichen Beirats und langjährigen Mitglieds, Pater Paulus Engelhardt OP, aufgenommen. Paulus Engelhardt war Präsidiumsmitglied und Geistlicher Beirat von pax christi in den Jahren 1971 bis 1987.

Der Dominikaner Paulus Engelhardt kam Mitte der 1950er Jahre zu pax christi und hat seit dieser Zeit maßgeblich an der Entwicklung und Ausgestaltung der Bewegung mitgewirkt. Sein Markenzeichen war mehr das Zuhören als das Reden. Umso überzeugender gelang seine Rede, weil sie durch sein persönliches Zeugnis an Kraft gewann. Der Sohn einer jüdischen Mutter, der die Verfolgungen durch den Nationalsozialismus unmittelbar erlebte, fand die Kraft zur Versöhnung mit einer Gesellschaft, der das Schicksal seiner Familie und eines ganzen Volkes weitestgehend gleichgültig geblieben war. Er stellte sich in den Dienst der Versöhnung, indem er in pax christi die Brücken zu Frankreich, Polen und Israel/Palästina schlug. Noch weit vor dem Wort der deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ setzte er sich kritisch mit der Lehre vom gerechten Krieg auseinander und trat engagiert für weltweite Abrüstung und alternative Konfliktstrategien ein.

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeberin** pax christi Deutsche Sektion, Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de **Redaktion** Klaus Beurle, Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber **Titelfoto** UN Photo/Sylvain Liechi **Gesamtherstellung** Ute Begemann, Köln **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

GEDRUCKT AUF CIRCLEOFFSET PREMIUM WHITE (100% RECYCLING, FSC-ZERTIFIZIERT)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 4_2014: 31.10.2014.

Editorial

Wir erinnern uns alle noch an das grausame Morden in Ruanda vor zwanzig Jahren. Menschen wurden getötet, weil sie einer bestimmten Volksgruppe angehörten. Menschen töteten, weil sie einer bestimmten Volksgruppe angehörten. Auf dem Balkan hat zwanzig Jahre nach dem Krieg die Abgrenzung zwischen Menschen entlang ethnisch definierter Identität weiterhin hohe Bedeutung. Und wieder bricht in Europa ein Konflikt aus, bei dem ethnisierende Identitätsbildung zur Grundlage von Gewalttätigkeit wird: Er wolle die russisch-stämmigen Einwohner schützen, war Putins Argument bei der Einverleibung der Krim. So unterschiedlich die Situationen, so gemeinsam die ethnisierende Konfliktbeschreibung. Weltweit werden viele gewaltsame Konflikte mit Volks- oder Stammeszugehörigkeiten begründet und immer wieder finden sich Menschen, die durch ideologische Aufladung ihrer Volkszugehörigkeit zu hassen bereit sind und gewalttätig werden. Diese Beobachtung ist der Hintergrund für den Schwerpunkt dieses Heftes: Völkerkonflikte. Drei Einblicke in die Lage in Ruanda, Indien und Bosnien-Herzegowina reflektieren die Konfliktursachen.

Aktiv für den Frieden ist seit hundert Jahren der Versöhnungsbund. Für die pax_zeit Anlass genug, stellvertretend für alle Versöhnungsbundler/innen, den ehemaligen IFOR-Präsidenten Hans Ulrich Gerber zu Wort kommen zu lassen. Hundert Jahre zurück blickt der Präsident unserer deutschen pax christi-Sektion auf die Katholik/innen und den Ersten Weltkrieg – eine kirchenpolitisch wegweisende Erklärung, die ohne jeden Schnörkel bekennt, welche Schuld die Kirche im Ersten Weltkrieg auf sich geladen hat.

In die Zukunft der pax christi-Bewegung blickt der Kandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden (früher Vizepräsident) Norbert Richter aus Essen und stellt die Blickrichtung der von der Delegiertenversammlung eingerichteten AG 2020 vor. Die Kommission Friedenspolitik stellt Überlegungen zum Dialog mit der Militäreseelsorge vor und dann folgen die beliebten Kurzmeldungen aus Bundesvorstand, Kommissionen und Diözesanverbänden.

Dieses Heft erscheint in einer grausam konfliktreichen Zeit – auch und gerade im Nahen und Mittleren Osten.

Ich wünsche uns allen Kraft für den Weg des Friedens in Zeiten von Gewalt und Unrech. Und Gottes Schutz und Segen besonders all denen, deren Alltag durch Gewalt geprägt ist.

Christine Hoffmann

Inhalt

Völker Konflikte

Seite 4

Indien – jetzt ganz rechts?

Klaus Beurle

Seite 6

Bosnien heute – zwischen 1914 und 2014

Dževada Šuško

Seite 8

Manipulierte Erinnerungsdiskurse?

Heinz Werner Wessler

Aktiv für den Frieden

Seite 10

Gewalt und Krieg sind keine Lösung

Interview mit Hansuli Gerber

Bewegung

Seite 12

Die Katholiken und der Erste Weltkrieg

Heinz Josef Algermissen

Seite 14

pax christi im Jahr 2020 in Kirche und Gesellschaft – ein Ausblick

Norbert Richter

Seite 16

„Respektvoll und streitig“

Kommission Friedenspolitik

Meldungen

Seite 18

Notizen aus dem Bundesvorstand

Sabine Kaldorf

Seite 18

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 19

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Seite 22

Aus Leser/innenbriefen

Glaube Perspektive

Seite 23

Feldpostbrief 2014

Veronika Hüning

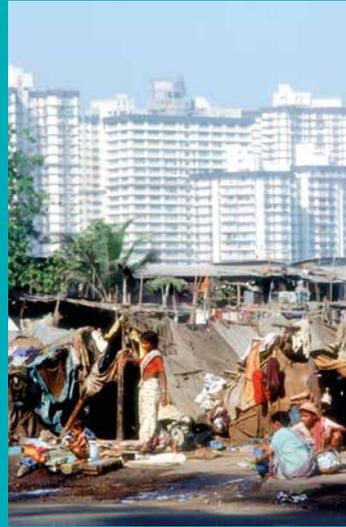
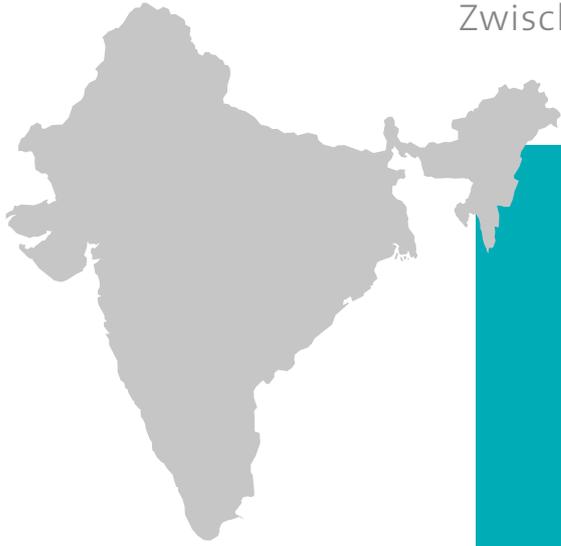


Völker Konflikte

Vor 20 Jahren wurden in Ruanda innerhalb von 100 Tagen mindestens 800.000 Menschen bestialisch ermordet, im Sommer 1994 flohen hunderttausende Hutu in den Osten von Zaire. Angesichts des Jahrestages des Beginns des Völkermords an den Tutsi am 6./7. April veröffentlichte die Kommission Solidarität mit Zentralafrika in Zusammenarbeit mit der pax christi-Gruppe „Twese Hamwe“, eine Erklärung unter dem Titel „Versöhnung und Wahrheit“ (pax_zeit 2_2014). Wie die Erinnerungskultur aktuell in Ruanda aussieht, erfahren Sie in der Rubrik Völker Konflikte auf den Seiten 8 und 9.

Indien – jetzt ganz rechts?

Zwischen Tradition und Moderne



Der Unterschied zwischen arm und reich, zwischen Tradition und Moderne ist in Indien mehr als sichtbar. Wird die neue politische Gangart zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle führen?

Fotos: KNA

Klaus Beurle

Am 26. Mai wurde Narendra Modi, der Vorsitzende der Bharatiya Janata Party (BJP), als Premierminister Indiens vereidigt. Seine Partei hatte bei den Lok Sabha Wahlen, den Unterhauswahlen für das gesamtindische Parlament, einen phänomenalen Sieg errungen. Der Hindu-Nationalist Narendra Modi wurde zum Regierungschef der weltweit größten Demokratie gewählt (1.2 Milliarden Einwohner). Die traditionsreiche Kongresspartei, die von der Gandhi/Nehru-Dynastie – nicht mit Mahatma Gandhi zu verwechseln – über Jahrzehnte beherrscht worden war, hatte ihr schlechtestes Ergebnis bei allen gesamtindischen Wahlen der letzten 60 Jahre erreicht.

Die vorbildlich abgelaufenen Wahlen dauerten vom 7. April bis zum 12. Mai, bei denen ca. 815 Millionen Wahlberechtigte in 930.000 Wahllokalen ihre Stimmen abgaben – Indien hat mehr Wahlberechtigte als die gesamte Europäische Union, die Vereinigten Staaten und Russland zusammen. Die Wahlen zogen sich über Wochen hin – aus Sicherheitsgründen, weil die Polizei nicht in allen Bundesländern gleichzeitig für Sicherheit und Ordnung sorgen kann.

Widersprüchliche Ansichten

Der Sieg der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) mit Narendra Modi als Wahllokomotive hat indessen Befürchtungen verstärkt, ein Wandel des Wertesystems

stehe bevor, durch den Indien seinen Charakter als säkularer Staat verlieren könne. Orthodoxe Hindus erheben der Hindutva-Mythologie folgend den Anspruch, dass das moderne Indien nicht Erbe multi-religiöser und multi-kultureller Zivilisationen sei, sondern Erbe der hinduistischen Zivilisation. „Im Programm der Hindutva wird ein von Hindus in geokultureller Einheit dominierter Subkontinent angestrebt und eine Neuschreibung der indischen Geschichte gefordert“.

Es gibt widersprüchliche Ansichten zu dem Entwicklungspotenzial, das die hinduistische Zivilisation in sich birgt. Noch vor zwei Jahrzehnten gab es starke Stimmen, die im traditionsgebundenen Kastensystem, in der Stellung der Frau oder der unkontrollierbaren Korruption Hinderungsgründe für eine Modernisierung Indiens sahen. „Sie bezweifelten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Antriebskräfte, welche die hinduistische Religion, Philosophie und Denkweise freizusetzen in der Lage sind, für eine Entwicklung des Landes zu einem relativen Wohlstand ausreichen“.

Noch vor drei Jahrzehnten erschien das Lebensziel eines großen Teils der damals nur 600 Millionen Hindus auf die Verbesserung des Karmas gerichtet zu sein, nicht aber auf gesellschaftliche Veränderungen durch Industrialisierung, durch Informationstechnologien u.ä. Spätestens seit der Durchsetzung der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik vor zwei Dekaden hat sich jedoch das Ethos eines Großteils der inzwischen knapp eine Milliarde Hindus entscheidend



Viele Inder glauben daran, dass sich durch äußere Rituale eine entscheidende Verbesserung des Seelenzustandes erreichen lassen. Sünden z.B. können durch ein Bad im Ganges wegwaschen werden.

Landesfläche: 3.287.000 qkm
 Hauptstadt: New Delhi mit circa 13,8 Millionen Einwohnern
 Bevölkerung: circa 1,2 Milliarden (Volkszählung 2011)
 Bevölkerungswachstum: circa 1,7% pro Jahr
 Landessprachen: Hindi und Englisch, 21 weitere anerkannte Sprachen
 Religionen: Hinduismus (circa 80,5%), Islam (circa 13,4%), Christentum (circa 2,3%), Sikhismus (circa 1,9%) sowie Buddhismus, Jainismus, Parsen und andere

geändert. Richtungsweisend ist heute die durch Medien propagierte globale Verwestlichung und Vermarktung der Gesellschaft.

Religion der Hindus spielt große Rolle

Die säkulare Kongresspartei regierte acht Jahre lang. Ihr zuvor war die hinduistische BJP-Regierung unter Premier Vajpayee an der Macht, gleichfalls acht Jahre. Die hinduistische Vajpayee-Regierung wurde abgewählt, weil ihr eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie vollmundig versprochen hatte, nicht gelungen war und weil sie nach kurzer Zeit nicht minder als die Kongress-Partei bis auf die Knochen korrupt war. Die Religion der Hindus spielte schon immer bei Wahlen eine Rolle: Sie ist inzwischen immer wichtiger geworden und steht heute weit an vorderster Spitze der Motivationskräfte.

Die Parteien BJP, Shiv Sena-Partei und der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS/Nationale Freiwilligenorganisation) führen den Kampf der Hindutva als Kampf um die Seele Indiens. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich unter Führung des Premiers Narendra Modi alle Bestrebungen darauf richten werden, den wirtschaftlichen Aufschwung Indiens zu beschleunigen.

Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Armen

Erklärtes Ziel ist es, China als Wirtschaftsmacht zu übertreffen. Durch diesen Pragmatismus werden sich voraus-

sichtlich die Energien des neuen Selbstbewusstseins der Hindus zunächst bündeln und bändigen lassen. Exzesse gegen religiöse Minderheiten könnten so verhindert werden. Nicht der Religion, sondern seiner wirtschaftlichen Erfolge in Gujarat wegen wurde Modi gewählt. Entscheidend wird sein, ob sein Gujarat-Modell auf Gesamtindien übertragen werden kann. Nicht an der Hindutva-Ideologie wird sich das Schicksal der Modi-Regierung entscheiden, sondern an den wirtschaftlichen Fortschritten. Die erste einschneidende Veränderung, die die Regierung Modi herbeigeführt hat, war die Erhöhung der Bahnpreise um 14 Prozent, was vor allem die armen Bevölkerungsschichten getroffen hat. Wird Modi seine Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Armen austragen? Es wird sich zeigen. Das indische Volk wird den Rechtsruck akzeptieren, sich aber seine traditionelle Toleranz und religiös-kulturelle Vielfalt weder abkaufen noch zugrunde richten lassen. Zählen wird allein, wie es um die Portemonnaies der kleinen Leute am Ende der laufenden Legislaturperiode stehen wird.

Klaus Beurle ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und lebte und arbeitete 25 Jahre auf dem indischen Subkontinent.

Bosnien heute – zwischen 1914 und 2014

Sehnen nach Fortschritt, Frieden und Sicherheit



Fotos: Christian Weiß

Die Überlebenden des Völkermords kämpfen immer noch um Wahrheit und Gerechtigkeit.

Dževada Šuško

Damals

1992 haben 99,6 Prozent der Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina in einem Volksentscheid für einen eigenständigen Staat gestimmt, der nicht mehr Bestandteil eines zunehmend zentralistischen, serbisch dominierten Jugoslawien sein sollte. Damit war das Konzept eines von Jugoslawien angestrebten „Staates aller Südslawen“, das 1918 nach dem Ersten Weltkrieg anvisiert wurde, gescheitert. Auch Titos Motto „Einheit“ und Brüderlichkeit stellte sich als Fiktion heraus.

Die Jugoslawische Volksarmee erwiderte die demokratische Entscheidung Bosniens mit einer Aggression. Der international anerkannte, unabhängige Staat sollte innerhalb von wenigen Monaten von Muslimen (Bosniaken) sowie Katholiken (Kroaten) gesäubert werden. Später schlossen sich kroatische Einheiten, angetrieben von Kroatiens Präsident Tuđman, der Strategie Serbiens an und kämpften gemeinsam gegen die Bosniaken. Kulturdenkmäler, Moscheen, osmanische Bauten wurden systematisch zerbombt.

Völkermord auf europäischem Boden

Der amerikanische Journalist Roy Gutman entdeckte im Sommer 1992 in Bosnien mehrere Konzentrationslager. Seine Reportagen über Massendeportationen und Vergewaltigungslager mit ausgehungerten Männern hinter Sta-

cheldraht erschienen weltweit auf den Titelseiten. Der Holocaust wiederholte sich auf europäischem Boden – und alle sahen zu. Höhepunkt des Völkermordes waren die Ereignisse in Srebrenica: Im Juli 1995 wurden von den holländischen UN-Soldaten, die die Bevölkerung schützen sollten, etwa 8.000 Jungen und Männer dem serbischen Militär ausgeliefert – und massakriert. Daraufhin ergriffen die USA die Initiative und leiteten energisch die Friedensverhandlungen im Militärstützpunkt Dayton in Ohio.

Der Dayton-Friedensvertrag wurde am 15. Dezember 1995 vom bosnischen Staatspräsidenten Alija Izetbegović, dem serbischen Präsidenten Slobodan Milošević und dem kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman unterzeichnet. Bosnien-Herzegowina wurde in zwei Entitäten aufgeteilt: in die Republika Srpska und die Bosniakisch-Kroatische Föderation.

Damit wurden innerhalb Bosniens neue Grenzen gezogen. In der Entität Republika Srpska waren die ethnischen Säuberungen am erfolgreichsten. Heute leben dort etwa 90 Prozent Serben; vor dem Krieg waren es etwa 50 Prozent. Viele Bosniaken wurden vertrieben, hingerichtet. Auch wenn im Dayton-Vertrag die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatregionen zugesichert wurde, haben nur wenige den Mut dazu gehabt. Kriegsverbrecher werden nach wie vor angehimmelt. Dario Kordić erwartete nach seinem Gefängnisaufenthalt

ein jubelnder Empfang. Anti-muslimische Ressentiments nahmen zu, wie z.B. in Livno, wo im Juni in einer Moschee Inventar und Korane (Q'uran) geschändet und Drohungen auf die Wände geschrieben wurden.

EU-Beitritt

Bosnien-Herzegowina gilt neben anderen westlichen Balkanländern seit dem Europäischen Rat von Thessaloniki im Juni 2003 als potenzieller Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft. Seitdem ist eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina in Kraft getreten: Abkommen über Visaerleichterung und Rückübernahme (2008), Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen (2008).

(Quelle: Europäische Kommission)



allem Deutschlands. Bis heute ist die Daytoner Verfassung weder vom bosnischen Parlament noch von der Bevölkerung ratifiziert worden: Bosnien wurde in drei konstitutive Völker von Bosniaken, Serben und Kroaten

Gute Herzen, Toleranz und Liebe zu Gott schaffen Wunder

Andererseits gibt es hoffnungsvolle Signale, wie die Konferenz in Sarajevo „Herausforderung von Gewalt – Religionen zwischen Krieg und Frieden“, auf der das Oberhaupt der katholischen Kirche in Bosnien, Kardinal Vinko Puljić, und das Oberhaupt der Islamischen Gemeinde, Reisu-l-ulema Husein Kavazović, zu friedlichem Zusammenleben, gegenseitigem Respekt und interreligiösem Dialog aufgerufen haben. Auch die Tatsache, dass der Muslim Hasan Ahmetlić die katholische Kirche in Tešanj renoviert hat, zeigt, dass gute Herzen, Toleranz und die Liebe zu Gott Wunder schaffen.

Dieser Tage wurde an das Attentat von 1914 erinnert. Vor genau 100 Jahren hat der Serbe Gavrilo Princip den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie ermordet. Die Idee eines Großserbiens breitete sich aus. Doch Österreich-Ungarn stand der Verwirklichung dieses Plans im Wege. Das Attentat sollte ein Appell an die Monarchie sein, sich aus Bosnien zurückzuziehen. Stattdessen löste es den Ersten Weltkrieg aus. Damit begann ein Jahrhundert, in dem Bosnien Schauplatz von drei verheerenden Kriegen wurde.

Politische Korrekturen sind notwendig

Um heute aber ein Jahrhundert des Friedens in die Wege zu leiten, sind politische Korrekturen notwendig, und zwar mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, vor

aufgeteilt. Dies hat sich jedoch als dysfunktional erwiesen und eine Gesetzgebung verhindert, die allen Volksgruppen gleichermaßen nützlich ist. Die Blockademechanismen werden von korrupten Regierenden aber zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Politiker in der Republika Srpska, allen voran deren Präsident Milorad Dodik, drohen mit Abspaltung und blockieren den längst fälligen EU-Integrationsprozess – eine Revision der Daytoner Verfassung ist dringend notwendig.

Die Bürger/innen von Bosnien-Herzegowina sehnen sich nach Fortschritt, Frieden und Sicherheit. Viele sind es müde geworden, nach 22 Jahren immer noch um Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Sie sehnen sich nach einem Rechts- und Sozialstaat. Daher bietet die Aufnahme in die EU den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Stagnation, um nach dem Jahrhundert der Kriege ein Jahrhundert des Friedens einzuleiten.

Dr. Dževada Šuško, Sarajevo, Studium der Geschichte, Politik und Ethnologie in Heidelberg und Hamburg, Promotion über „Der Loyalitätsbegriff: Reaktion der Bosniaken auf Österreich-Ungarn (1878-1918)“, seit 2013 Direktorin des Instituts für islamische Tradition der Bosniaken in Sarajevo.

Manipulierte Erinnerungsdiskurse?

20 Jahre nach dem Genozid an den Tutsis in Ruanda 1994



Auch 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda werden immer wieder neue Massengräber gefunden.

Foto: KIVA

Heinz Werner Wessler

In nationalen Erinnerungskulturen sind zwanzig Jahre kein langer Zeitraum. So viel oder: so wenig Zeit ist seit den schrecklichen 100 Tagen des Genozids an den Tutsi vergangen. Das diesjährige Motto der Trauerwoche Anfang April lautete „Kwibuka 20: erinnern – vereinigen – erneuern“. Bei der Erinnerung geht es immer auch um die Gegenwart.

Bis heute tauchen immer wieder neue Massengräber von 1994 auf, werden menschliche Gebeine in die laufend ausgebauten zentralen Gedenkstätten überführt. Im Ortsteil Gasabo in Kigali, wo sich die sterblichen Überreste von bereits mehr als einer Viertelmillion Menschen befinden sollen, ist eine Art zentraler Ort des Gedenkens entstanden, wo in den letzten Jahren zunehmend versucht wird, einzelnen Ermordeten ihre individuelle Geschichte zurückzugeben.

Das Narrativ der Erinnerung

Die Erinnerung an den Schrecken von 1994 setzt sich aber vor allem aus zahllosen Geschichten der überlebenden Opfer und Täter und ihrer Familien zusammen. Zu den beinahe unbegreiflichen Rätseln Ruandas gehört, wie überlebende Opfer und Täter oft Haus an Haus leben. Die Berichterstattung über nahezu unglaubliche Versöhnungserfahrungen findet immer wieder neuen Stoff.

„Versöhnung“ ist ein viel bemühter Begriff in Ruanda. 20 Jahre nach den Ereignissen hat sich eine gewisse Routine der Traumabewältigungsarbeit eingestellt. Kirchen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen haben dabei einen gewissen Freiraum, doch der Staat behält sich das Recht vor, zu bestimmen, was im Rahmen der Erinnerungskultur erlaubt ist und was nicht.

Wer etwa davon spricht, dass es nach wie vor unterschiedliche kollektive Narrative von Tutsis und Hutus gibt, handelt sich leicht den Vorwurf ein, er oder sie sei „divisioniste“ (Spalter) oder gar „génocidaire“ (Völkermörder) und muss mit der erbarmungslosen Härte von Polizei- und Justizapparat, ja sogar mit fingierten Autounfällen und Verschwindenlassen rechnen. Der Geheimdienst kennt keine Grenzen, was im vergangenen März angesichts des wiederholten Attentatsversuchs auf den Dissidenten Kayumba Nyamwasa in Johannesburg zu einer schweren Krise im Verhältnis zwischen Südafrika und Ruanda führte. Das neue Ruanda verkauft sich als eine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Erfolgsstory und möchte dabei nicht gestört werden.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungsfreiheit, der Kenianer Maina Kiai, legte dagegen im Februar 2014 einen sehr kritischen Ruanda-Länderbericht vor. Bürgermeister, die oppositionelle Regungen in ihrem Machtbereich nicht konsequent klein halten, werden – so

„Die Prävention von Völkermorden bedarf der Entschiedenheit der Vereinten Nationen.“

Kordula Schulz-Asche, MdB



Die Aufarbeitung des Völkermords ist noch lange nicht abgeschlossen.

der Bericht – aus dem Amt gedrängt. Bildungsinstitutionen und die Medien sind politisch unter strenger Kontrolle. In den berüchtigten Ingando-Camps wird jungen Leuten eingetrichtert, was sie politisch zu denken haben.

Neben der individuellen Traumaarbeit steht die Frage der juristischen Aufarbeitung. Die Gerichte, so wurde rasch nach 1994 deutlich, waren angesichts der unübersehbaren Menge der Verhafteten hoffnungslos überlastet. Die Regierung richtete 2002 die sogenannte Gacaca-Gerichte ein, eine Form traditioneller Gerichtsbarkeit auf Graswurzelebene. Tatsächlich gab es in den folgenden Jahren eine ungeheure Fülle von Verfahren unter öffentlicher Beteiligung. Meistens ging es um Eigentumskonflikte und deren pragmatische Lösung. Vielleicht wurden hier und da auf diese Weise Voraussetzungen für Versöhnung geschaffen.

Wegsehen und Eingreifen

Rheinland-Pfalz begann 1982 offiziell eine Landespartnerschaft mit Ruanda und ist bis heute stolz auf deren Kontinuität vor wie nach dem Genozid. Schon im Habyarimana-Regime der 1980er und frühen 1990er Jahre sahen viele ausländische Beobachter, darunter auch der damalige deutsche Botschafter Dieter Hölscher, schon eine Art erfolgreiche Entwicklungsdiktatur. Die Aufarbeitung des Völkermords, aber auch des Versagens der internationalen Gemeinschaft, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier mahnte bei der Ruandadebatte im Bundestag am 4. April 2014, man müsse „das uns Mögliche tun, um Völkermord zu verhindern“. Vor einigen Monaten warnte Uno-Generalsekretär Ban vor einer Wiederholung der ruandischen Tragödie in der Zentralafrikanischen Republik. Der Befehlshaber der Blauhelm-Mission in Ruanda 1994, General Roméo Dallaire, vertritt bis heute die Meinung, der Genozid hätte sich mit einem robusten UN-Blauhelmeinsatz verhindern lassen.

Zwar sind Mali, Zentralafrika und Südsudan derzeit wieder aus den Schlagzeilen. Die Bundeswehr kann allerdings nach den kürzlich neu aufgelegten afrikapolitischen Richtlinien der Bundesregierung durchaus zum Einsatz kommen. Doch selbst, wenn sie es wollte, kann weder die Bundeswehr noch eine andere Armee unmöglich in jeder Krise intervenieren. Es geht eben nichts über Präventionsarbeit und friedliche Konflikttransformation. Dazu gehört als Erstes vermehrte Achtsamkeit. Die Alarmzeichen in Ruanda 1990-1994 wurden systematisch verdrängt und verleugnet.

Heinz Werner Wessler ist Mitglied der pax christi-Kommision Solidarität mit Zentralafrika.

Gewalt und Krieg sind keine Lösung

Versöhnungsbund: Hundert Jahre ökumenische Friedensarbeit



Foto: Privat

Hansuli Gerber im Gespräch mit der pax_zeit

pax_zeit: Hansuli, Du bist aktiv für den Frieden tätig. Du warst Präsident von IFOR, der International Fellowship of Reconciliation. IFOR ist die erste ökumenische Friedensinitiative, die 1914, gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs entstand, nachdem sich bereits sozialistische Pazifisten für gewaltfreie Lösungen sozialer und politischer Konflikte eingesetzt hatten. Worin siehst Du heute Deine Aufgabe bei IFOR, dem Internationalen Versöhnungsbund? Sicher nicht allein im Jubilieren?

Hansuli Gerber: Feiern ist wichtig und die Bewegung für Gewaltfreiheit und gegen Krieg hat umso mehr Grund zum Feiern, da sie heute neues Interesse findet, weltweit. Die gewaltfreie Bewegung war nach zwei Weltkriegen praktisch unsichtbar und unbekannt. Dass es vor 100 Jahren eine starke und profilierte Bewegung gegen Krieg und für Verständigung und Versöhnung gab, ist heute den wenigsten Menschen bekannt. Deshalb geht es heute darum, ins Bewusstsein zu rufen, dass es gewaltfreie Bewegungen immer gegeben hat und auch immer geben wird.

Wie bist Du auf den Versöhnungsbund, den International Fellowship of Reconciliation gestoßen? Hat die Bewegung Dein Leben beeinflusst?

Hansuli Gerber, geb. 1954, Mennonit, Friedensarbeit beim Zentralkomitee der Mennoniten, 2002-2009 beim Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), 2010-2013 Präsident des internationalen Versöhnungsbunds, Pastor in La Chaux-d'Abel/Jura.

Zum Versöhnungsbund bin ich erst 1990 gestoßen, aber ich stamme aus einer Täuferfamilie und ich erinnere mich, dass meine Großmutter von Menschen sprach, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzten, wie z.B. Dag Hammarskjöld oder Visser't Hooft. Durch meine Begegnungen im friedenskirchlichen Umfeld und durch mein Studium wurde ich aufmerksam auf die Gewaltfreiheit als christliches Postulat, auch wenn diese im theologischen Vokabular bis vor kurzem praktisch nicht existierte. Bevor ich bei IFOR arbeitete, war ich auf kirchlicher Ebene für Frieden, Gewaltüberwindung und Versöhnung tätig. Diese Arbeit, friedenskirchlich, ökumenisch und interreligiös, hat mich tief berührt – es ist ein ständiger Prozess der Veränderung und der Vertiefung. Ich glaube heute, dass Gewaltfreiheit der Grund und Boden spiritueller Lebenspraxis ist, egal welcher Religion sie zugehört. Liebe, Respekt, Achtung vor der Würde des Lebens sind grundlegend. Alles andere führt zum Krieg oder rechtfertigt ihn.

Bei pax christi wird immer wieder mal die Frage nach der Vorrangigkeit des Spirituellen bzw. des Politischen aufgeworfen. Ist Deiner Meinung nach IFOR heute mehr spirituell oder mehr politisch? Oder keines von beidem oder gar beides zugleich?

Wenn ich an die rund 80 Mitgliedsgruppen oder Mitgliedsorganisationen von IFOR in fast 50 Ländern denke – IFOR hat



IFOR

Der Versöhnungsbund wurde auf einer internationalen Konferenz 1914 in Konstanz gegründet und feiert in diesem Jahr sein hundertjähriges Bestehen. Christ/innen aus verschiedenen Ländern versuchten, den drohenden Krieg abzuwenden. Der Kriegsausbruch führte zum Abbruch der damaligen Konferenz. Die Teilnehmer/innen jedoch gründeten anschließend den Versöhnungsbund als pazifistischen Verband in England und den USA, nach dem Krieg ebenfalls in Deutschland. Im 2. Weltkrieg wurden viele Mitglieder des deutschen Versöhnungsbundes inhaftiert, weil sie den Dienst mit der Waffe verweigerten.

keine Einzelmitglieder – dann habe ich den Eindruck, dass sie sowohl spirituell als auch politisch sind. Dies mag auf verschiedene Weise verwirklicht werden. Bei einigen steht die politische Aktion im Vordergrund, oft im Zusammenhang mit den Menschenrechten. Einige sind ausdrücklich christlich geprägt, andere nicht. Ich denke, dass beides, die spirituelle und die politische Dimension besser artikuliert und ausgestaltet werden müssten und in ihrer Zuordnung zueinander stärker in unser Bewusstsein gebracht werden sollten. Ich wehre mich dagegen, die spirituelle und die politische Dimension gegeneinander auszuspielen. Das Eine kann ohne das Andere nicht nachhaltig für den Frieden wirksam sein.

Pioniere der aktiven Gewaltfreiheit wie Jean Goss und Hildegard Goss-Mayr oder bedeutende Mitglieder von IFOR wie Jane Adams, Chief Albert Luthuli, Martin Luther King, Mairead Corrigan Maguire und Adolfo Maria Perez Esquivel – einige Friedensnobelpreisträger unter ihnen – haben IFOR geprägt und mitgetragen. Mein persönliches Leben wurde stark durch Jean und Hildegard Goss-Mayr geprägt. Wird die von den IFOR-Friedensnobelpreisträgern vertretene und gelebte Gewaltfreiheit nicht oft mit Pazifismus verwechselt?

Es kümmert mich wenig, wie man Gewaltfreiheit definiert: Um die Jahrhundertwende sprach man von Antimilitarismus und von Pazifismus. Der Begriff der Gewaltfreiheit entstand

relativ spät. Auch Gewalt selber wird soziologisch und anthropologisch erst seit der Mitte des 20. Jahrhunderts untersucht und besprochen. Pazifismus hat den Ruf, unrealistisch, verträumt oder gar gefährlich zu sein. Wo immer sich ein Pazifist auf diesem Spektrum situiert – es geht darum, dass Gewalt und Krieg nicht die Lösung sind, sondern das Problem. Der Begriff der Gewaltfreiheit ist präziser und auf das eigene und öffentliche Leben bezogen: Sie zielt darauf ab, keine Gewalt anzuwenden und der Gewalt, wie immer möglich, zu widerstehen und sie in Gewaltfreiheit umzuwandeln. Das braucht Sachverstand, Bescheidenheit und enorm viel Mut. Es gibt keine Garantie auf Erfolg – Gewaltfreiheit ist risikoreich. Historisch gesehen wurden Pazifisten und ihre Bewegungen von obrigkeitlicher und kirchlicher Seite gnadenlos verfolgt – weshalb? Weil sie die Welt verändern können, aber nicht im Sinne derer, die mit Gewalt herrschen.

Die Fragen stellte Klaus Beurle, Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Die Katholiken und der Erste Weltkrieg

Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren

In wenigen Tagen, am 28. Juni, jährt sich zum 100. Mal das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo, das dann Anlass, nicht der Grund des Ersten Weltkriegs wurde. Dieser Krieg war für das Deutsche Reich kein Verteidigungskrieg, sondern der Versuch, mit den damaligen Weltmächten militärisch und politisch auf gleicher Ebene zu stehen und eine geopolitische Rolle einzunehmen.

Er wurde mit rücksichtslosem Einsatz von Menschen und Material und mit den ersten Massenvernichtungswaffen geführt. Seine verheerenden Folgen waren 17 Millionen Tote, ungezählte verkrüppelte und traumatisierte Menschen, zerstörte Landschaften und Gesellschaften. Die politischen Ergebnisse der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts (vgl. George Kennan) brachten keinen dauerhaften Frieden, bildeten ganz im Gegenteil auch die Voraussetzungen für den Zweiten Weltkrieg.

Im August 1914 zogen die deutschen Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung und dem Läuten der Glocken zum Kampf aus. Dieser Weg in den Krieg wurde in Deutschland von kirchlicher Seite unterstützt, mitunter von offener Begeisterung begleitet. Obwohl die katholische Kirche wegen ihres universalen Charakters stets Distanz zum Nationalismus des 19. Jahrhunderts gehalten hatte, traten besonders am Anfang des Weltkrieges Bischöfe, Priester und Gläubige in großer Zahl an die Seite derer, die den Krieg als moralische und geistige Erneuerung begrüßten. Wir wissen heute, dass die Kirche damit Schuld auf sich geladen hat.

Zudem versuchte die Moraltheologie, die Vorstellung von soldatischem Gehorsam, Opferbereitschaft und Pflichterfüllung bis in den Tod klar zu umreißen und in den Menschen fest zu verankern. Diese Auffassungen wurden auch durch die grausamen Erfahrungen des Krieges später zunächst nicht in Frage gestellt. Im Unterschied zum nationalen Denken und Empfinden war Papst Benedikt XV. ein unermüdlicher Mahner gegen den Krieg. Er verzichtete auf Schuldzuweisungen, nannte den Krieg

Foto: röm



Sarajewo 2014: Blick über den Fluss Miljacka auf das kleine Stadt-Museum. An der Ecke des Museums war der Ort des Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und Erzherzogin Sophie am 28. Juni 1914.

eine „grauenhaft nutzlose Schlächterei“. Schon in seiner Antrittsenzyklika im November 1914 rief er die Regierenden zu einem Verhandlungsfrieden auf. Die päpstlichen Bemühungen blieben jedoch erfolglos, auch sein letzter Appell vom 1. August 1917, in dem der Papst alle Krieg führenden Mächte zu Friedensverhandlungen aufrief und sich als neutraler Vermittler anbot.

Wir müssen aus heutiger Sicht erkennen, dass erst die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und damit zusammenhängend auch des Zweiten ein stärkeres Engagement der Kirche für den Frieden und eine Abkehr von der Rechtfertigung von Kriegen begründete. Im Wort „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 schrieben wir katholischen deutschen Bischöfe: „Die schrecklichen Erfahrungen der beiden Weltkriege haben in unserer Gesellschaft ein geschärftes sittliches, besonders auch friedensethisches Bewusstsein wachsen lassen, das wir als wertvolles Erbe auf Dauer bewahren wollen.“ Im Hinblick auf diese Einsicht ist heute zu erkennen und zu bekennen, dass sich damals Bischöfe in ihrer Verkündigung und theologischen Billigung des Krieges geirrt und verirrt haben.

Für pax christi als internationaler katholischer Friedensbewegung sind diese Erfahrungen eine bleibende Herausforderung, sich kriegerischer Politik zu widersetzen und immer wieder Schritte der Versöhnung zu versuchen. In der Rückschau auf den Ersten Weltkrieg gibt es eine wesentliche Lehre: Wir wollen nie wieder „wie Schlafwandler“ (vgl. Christopher Clark) in eine solche Katastrophe hineinrutschen.

Um das mit aller Macht zu vermeiden, bedarf es Menschen, die sich keinerlei Gleichgültigkeit und Feigheit erlauben, vielmehr im Sinne des Evangeliums Lüge und Obrigkeitsdenken demaskieren und selbst Schritte des Friedens tun.

Berlin/Fulda, 23. Juni 2014
Heinz Josef Algermissen
Präsident von pax christi Deutschland
Bischof von Fulda

Bitte Termin vormerken

Gerechten Frieden weiterdenken

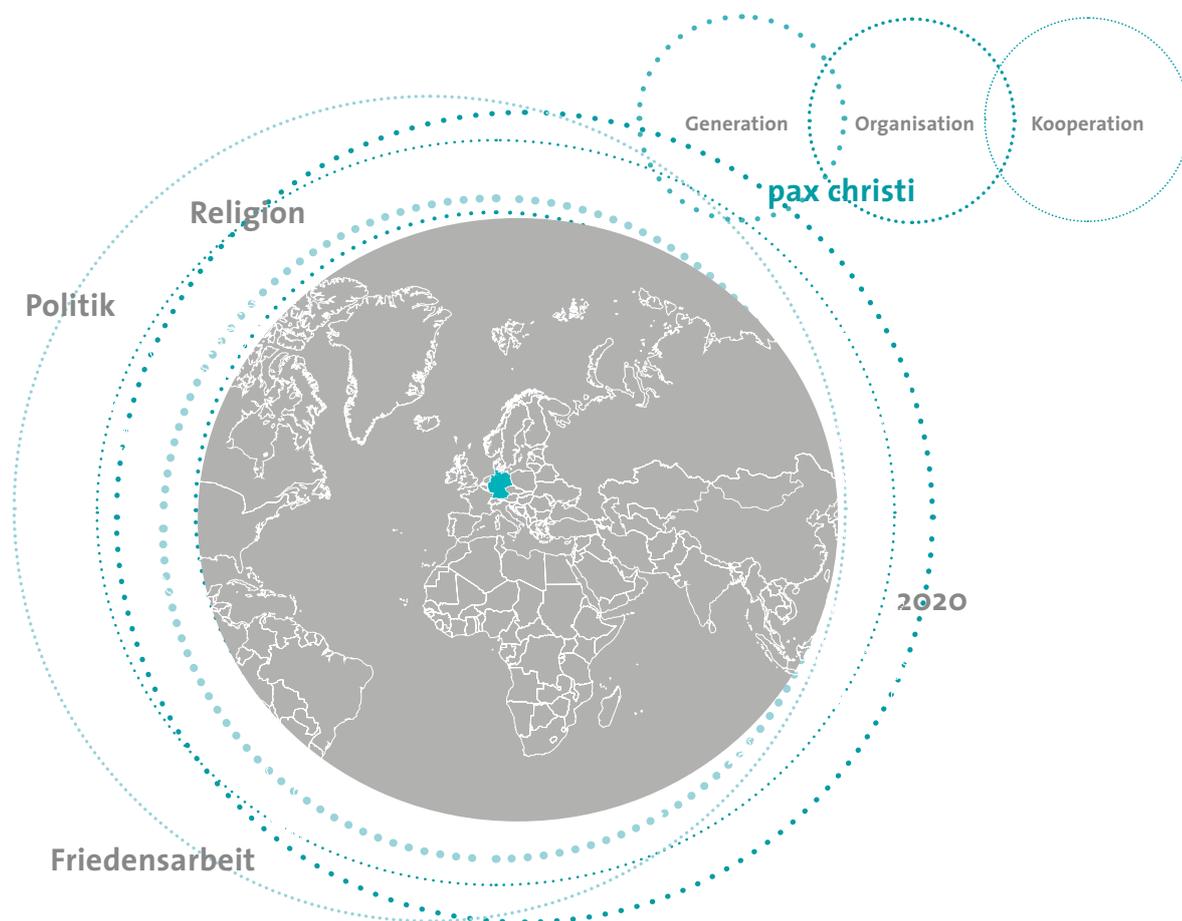
Vom Ethos der Gewaltkontrolle
zur Praxis der Gewaltfreiheit

**26. - 28. Juni 2015 im Bildungshaus
St. Bernhard in Rastatt**

Ausgehend von der Enzyklika *Pacem in Terris* von Papst Johannes XXIII von 1963, die die „Perspektive eines ‚gerechten‘ Krieges“ aufgegeben hat, will dieser Kongress die aktuellen friedenspolitischen Herausforderungen wie Kampfdrohnen, Bundeswehrauslandseinsätze, Schutzverpflichtung sowie Religion und Gewalt friedensethisch reflektieren und die Praxis aktiver Gewaltfreiheit fördern.

pax christi im Jahr 2020 in Kirche und Gesellschaft – ein Ausblick

Gedanken zur Zukunft von pax christi



Norbert Richter

pax christi will Zukunft. Dafür haben wir in den letzten Jahren einiges getan: In Berlin Fuß gefasst, Kampagnenfähigkeit bewiesen, die Strukturen von pax christi durch die neue Satzung zukunftsfest gemacht, ein gemeinsames Erscheinungsbild gefunden und unsere Zeitschrift erneuert. Wollen wir 2020 noch eine dynamische Bewegung sein, warten aber weitere Herausforderungen auf uns.

Eindeutiges Profil für pax christi

Jetzt ist es für pax christi wichtig, uns damit zu beschäftigen, inwieweit wir uns auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie dem Wunsch vieler Engagierter nach ihrem Lebensrhythmus angepassten Mitwirkungsformen einstellen können. Ziel ist es, Menschen für pax christi zu begeistern und zum Mittun zu motivieren.

Dazu bedarf es eines eindeutigen Profils, welches durch seine Inhalte überzeugt. Wir müssen die Menschen von unserer Grundhaltung und unserer Notwendigkeit in Kirche und Gesellschaft überzeugen. Wir wollen zu einer zivilgesellschaftlichen Stimme werden, die stärker gehört und wahrgenommen wird.

Zukünftige Politik wird uns stärker denn je herausfordern. Wir erleben den deutschen Bundespräsidenten, der mehr Verantwortung für die Welt, auch mit militärischen Mitteln, fordert. Gestützt wird diese Position durch die Studie: „Neue Macht – Neue Verantwortung“. Sie fordert „... eine Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein“, militärische Optionen werden zum Mittel der Politik, zivile Konfliktlösungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Gewaltfreie Konfliktlösungen in den politischen Diskurs einbringen

pax christi soll als Stimme wahrgenommen werden, von der Anstöße zu einer nicht-militärischen Zukunft und zu gewaltfreien Konfliktlösungen in den politischen Diskurs eingebracht werden. Die Hoffnung und Zuversicht, dass unser Zusammenleben gewaltfrei zu gestalten ist, ist der Kern unseres Engagements in pax christi und muss in Gesellschaft und Kirche deutlich sichtbar werden. Dieses in einem Leitgedanken, einem Slogan zusammengefasst, könnte unsere Grundhaltung in der Öffentlichkeit besser positionieren.

Auch benötigen wir eine Weiterentwicklung unserer Strukturen. pax christi ist da stark, wo sich Kompetenzen gebildet haben, u.a. in den Kommissionen. Durch ihre Öffentlichkeitsarbeit wirken sie in Kirche und Gesellschaft hinein und sind unerlässlich für unsere Profilbildung. Ziel der Kommissionsarbeit ist es, verstärkt Dienstleister für Diözesanverbände, Gruppen und Einzelpersonen zu sein. Durch ihre Grundlagenarbeit und die Entwicklung von Handlungsoptionen unterstützen sie die Präsenz von pax christi auf regionaler und lokaler Ebene.

Wichtig ist es, all diese Überlegungen in ein finanzielles Zukunftskonzept einzubinden, welches die inhaltlichen und strukturellen Herausforderungen unterstützt. Die Einnahmenseite durch Mitgliederbeiträge, Spenden und kirchliche Unterstützung stagniert, bzw. sinkt kontinuierlich. Die Finanzierung der Bewegung muss auch für die Zukunft neu gesichert werden, ansonsten droht eine weitere Einschränkung des Handlungsrahmens.

Um die notwendigen Zukunftskonzepte zu beraten, ist die AG 2020 einberufen worden, in der der Bundesvorstand mit Vertreter/innen aus den Diözesanverbänden und Kommissionen folgende Fragen diskutiert und berät:

Zukünftige Inhalte

- Welche Themen und Inhalte binden Menschen an pax christi?
- Wie können wir unser Profil schärfen?
- Sprechen wir die richtige Sprache?
- Wie stellen wir unsere Alleinstellungsmerkmale besser dar?
- Wie können wir unsere Inhalte besser vermitteln? Welche Marketingstrategien sind notwendig?

Zukünftige Organisations- und Arbeitsformen

- Welche Möglichkeiten gibt es, das Potential von Einzelmitgliedern besser zur Geltung kommen zu lassen?
- Welche Arbeitsformen und Engagementformen sind für nachfolgende Generationen attraktiv?
- Wie können kreative Formen von Mitgliedschaft aussehen?
- Inwieweit ist eine Organisation mit Diözesanverbänden, Kommissionen und Gruppen zukunftssicher?
- Welche Kooperationsoptionen mit anderen innerkirchlichen und Partnern der Friedensbewegung möchten wir fördern?
- Welche Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen für Haupt- und Ehrenamtliche sind notwendig, um den Zukunftsprozess zu begleiten?

Zukünftige Finanzierung

- Wie sehen zukünftige Spendenwerbekonzepte aus?
- Gibt es weitere innerkirchliche und staatliche Unterstützung- und Finanzierungsmöglichkeiten?

Dieser Prozess ist für unsere Bewegung überlebenswichtig. Deshalb ist es umso wichtiger, die Bewegung in ihren unterschiedlichsten Organisationsebenen mitzunehmen.

Wir brauchen viele Ideen und wünschen uns, dass sich möglichst viele unserer Mitglieder an diesen Denkprozessen beteiligen, um die Zukunft von pax christi für uns und andere interessant und engagiert zu gestalten.

Dazu lade ich jetzt schon herzlich ein.

Norbert Richter ist Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand und Moderator der AG 2020.

„Respektvoll und streitig“

Zum Dialog mit der Militärseelsorge



Kommission Friedenspolitik

Die fortschreitende Enttabuisierung des Militärischen und Veränderungen in der Kriegsführung, wie die durch den Einsatz von Drohnen und Robotern, erfordern nach Einschätzung der Kommission Friedenspolitik eine friedensethische Neuorientierung, von der Gewaltkontrolle hin zur Gewaltüberwindung durch aktive Gewaltfreiheit. Aktive Gewaltfreiheit steht hier für die Art der Bearbeitung aktueller Konflikte, als auch für die angestrebte Überwindung struktureller Gewaltverhältnisse. Eine solche Neuorientierung würde auch die Grundlagen der Militärseelsorge tangieren. In der Überzeugung, dass sie nur in einem offenen dialogischen Prozess betrieben werden kann, organisierte die Kommission mit dem Bundesvorstand erstmals einen Runden Tisch, in dem es u.a. um Selbstverständnis, Praxis und Erfahrungswelt katholischer Militärseelsorger ging. Zu dem Gespräch am 9.11.2013 in Köln trafen sich 20 Teilnehmer/innen von pax christi und der Militärseelsorge.

pax christi problematisierte den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und die fehlende Klärung ihres Sinns und Zwecks nach Wegfall der Bedrohung durch Nachbarländer. Indem versucht werde, die Akzeptanz des Militärischen in der Gesellschaft zu erhöhen und den Auftrag der Bun-

deswehr auf die Durchsetzung außenpolitischer Interessen oder gar zur Ressourcensicherung zu erweitern, drohe ein Missbrauch von Soldat/innen entgegen dem Friedensauftrag des Grundgesetzes. Das Bischofsdokument „Gerechter Friede“ von 2000 zielt auf eine strukturelle Überwindung des Krieges. Demgegenüber würden unter dem Konzept der Schutzverantwortung der UNO von 2001 bzw. von 2005 nach wie vor Kriterien eines Gerechten Krieges propagiert. Kirchlichen Akteuren müsse es daher um einen Paradigmenwechsel gehen, weg von militärischen Lösungen hin zu einer Ethik in Richtung des messianischen Friedens. Ein Frieden, der im vorbehaltlosen Vertrauen auf Gott und untereinander keine Gewalt mehr braucht und jede gewaltbewehrte Friedensordnung durch ein Mehr an Gerechtigkeit und Versöhnung übersteigt. (vgl. Gerechter Friede, 2000, Ziff. 55f)

Einsätze, denen die Militärseelsorge nicht zustimmen kann?

Die Militärseelsorge machte deutlich, dass sie nicht zu friedenspolitischen Themen Stellung nimmt, sondern ihre Aufgabe in der pastoralen Begleitung der Soldaten sieht. Es gehe darum, Verantwortungsbewusstsein zu schärfen und Einsatzerfahrungen zu verarbeiten. Um mit den Betroffenen soziale Netzwerke zu bilden, sei eine institutionalisierte Militärseelsorge nötig. Ohne Vertrag zwischen Staat und Kirche könne man nicht in einem staatlichen Hoheitsbe-



Foto: Arbeiterfotografie

reich arbeiten. Im lebenskundlichen Unterricht würden auch ethisch problematische Bereiche wie Drohnenkriege oder die Schwierigkeit von Friedenslösungen angesprochen.

Das Konzept der Schutzverantwortung wird auch von der Militärseelsorge als problematisch bewertet. Es bleibe stets begründungspflichtig, wenn Gewalt angewendet werde. Nicht geklärt sei, ob Soldat/innen zu allen Einsätzen begleitet werden oder ob es auch Einsätze gebe, bei denen die Kirche nicht zustimmen könne. Man orientiere sich an den Entscheidungen des Parlaments über Militäreinsätze.

Am Ende des Gesprächs gab es Dissense und gemeinsame Nachdenklichkeit und Interesse der Militärseelsorge an den pax christi-Überlegungen zu einer Neuorientierung der Friedensethik. Es war ein Gespräch in einer offenen Atmosphäre auf hohem inhaltlichen Niveau.

Begleitung statt öffentliche Stellungnahmen

Die ethische Grundproblematik von Gewaltkontrolle mit (militärischer) Gewalt wird von der Militärseelsorge gesehen und anerkannt, zugleich aber sieht sie sich selbst nicht zuständig für eine vertiefte, gar öffentliche Auseinandersetzung. Ähnliches gilt für Fragen der Grundgesetz- und Völkerrechts-Konformität einzelner Einsätze, wie der gesamten

Gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen demonstriert pax christi gegen den Soldatengottesdienst im Kölner Dom.

(Neu-)Ausrichtung der Bundeswehr seit der Epochenwende von 1989/90.

Dieses im Grunde funktionalistische Selbstverständnis wurde unter zwei Gesichtspunkten besonders deutlich. Zum einen wurde eindrucksvoll geschildert, wie die konkrete seelsorgerliche (und psycho-soziale) Begleitung der Soldat/innen im Vordergrund der Arbeit steht, nicht normative Fragen oder Ansprüche. Zum anderen ist strittig, ob sie im Einsatzfall von einer eigenen politisch-moralischen Einschätzung der Situation abhängig gemacht werden soll.

Vordergründig ist man sich mit pax christi einig über die Letztinstanz des persönlichen Gewissens der Bundeswehrangehörigen. Ob und wie man sie aber gegenüber dem Erwartungsdruck des militärischen Umfelds und Ansätzen, sie zu unterlaufen (z.B. des Verteidigungsministeriums im Fall Florian Pfaff), zu stärken versucht, blieb unthematisiert.

„Streitig“ weiter arbeiten

Die Frage von pax christi, welche Moral der Soldat/innen man durch die eigene Arbeit befördern wolle oder zu befördern glaube, wurde nachdenklich differenzierend (Moral im Sinne militärpolitischer und militärischer Ziele vs. im Sinne der Ethik) zur Kenntnis genommen, blieb aber ebenfalls unbeantwortet.

Die Kommission hält es für wichtig, sich mit den Militärseelsorger/innen über die genannten offenen Fragen „respektvoll und Streitig“ wie es in „Gerechter Friede“ heißt, auseinanderzusetzen und sieht sie als wichtige Adressat/innen des Projekts einer friedensethischen Neuorientierung.

Mitglieder der Kommission Friedenspolitik: Christof Grosse, Albert Fuchs, Odilo Metzler und Norbert Fabian.

Notizen aus dem Bundesvorstand

Sabine Kaldorf

Juni 2014

Im Juni traf sich der Bundesvorstand ein ganzes Wochenende, erst zur normalen Vorstandssitzung und dann zur Erweiterten Vorstandssitzung mit den Kommissionen. In der normalen Sitzung befasste sich der Bundesvorstand insbesondere mit der Erklärung des bischöflichen Präsidenten zu 100 Jahren 1. Weltkrieg, der Auswertung des Katholikentags, und der Vorbereitung der Delegiertenversammlung. Ausführlich diskutiert wurde das Thema „Ziviler Ungehorsam“, wobei die Frage im Mittelpunkt stand, unter welchen Umständen pax christi zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufrufen kann oder soll. Als Ergebnis dieser Beratung wird ein Antrag bei der DV eingebracht, der die Mitglieder und Organe der Bewegung einlädt, sich ebenfalls mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Wie immer nahmen auch die Berichte zu Aktivitäten der Diözesanverbände sowie einzelner Mitglieder des Bundesvorstands breiten Raum ein. Besonders spannend waren hier die Berichte aus Sarajewo, wo einerseits das „peace event“ anlässlich 100 Jahren 1. Weltkrieg stattgefunden hatte und andererseits die Gremien von Pax Christi International getagt hatten, die bei uns dem Bundesvorstand und der Delegiertenversammlung entsprechen.

Bei der anschließenden Erweiterten Vorstandssitzung waren in diesem Jahr alle Kommissionen vertreten. In den vergangenen Jahren hatte diese Sitzung vorrangig aus Berichten bestanden, was von allen als unbefriedigend empfunden wurde, da sich mit den Berichten der Kommissionen schon die Delegiertenversammlung beschäftigt. So wurde dieses Jahr ein neuer Weg eingeschlagen und unter Moderation von Christine Hoffmann die Steigerung der Wirksamkeit in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt: Statt vorab Berichte zu verfassen, wurden die Kommissionen gebeten, ihre Zielgruppen, aktuellen Ziele, Erfolge aus der letzten Zeit und aktuellen Herausforderungen zu benennen. Jeweils im Anschluss durfte der Bundesvorstand den Kommissionen einen Spiegel vorhalten, Lob und Kritik äußern und Wünsche benennen. Dabei wurden Themen gesammelt, die einer genaueren Betrachtung bedurften und die anschließend übergreifend diskutiert wurden, beispielsweise Kommunikation/Information, unsere Streitkultur oder auch die Frage, was „die Praxis“ für pax christi bedeutet.

Alle waren sich anschließend einig, dass diese Art des Treffens sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Auseinandersetzung als auch bezüglich der Gesprächsatmosphäre sehr viel besser eingeschätzt wurde als in den vorangegangenen Jahren.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

HeidelbergCement soll Völkerrecht einhalten

Kritische Aktionäre und Nahostkommission forderten HeidelbergCement bei der Hauptversammlung am 7.5. auf, sich von der Tochterfirma Hanson Israel zu trennen und eine Entschädigung an die Enteigneten bzw. Geschädigten zu zahlen. Über Hanson Israel hält die Firma zwei Betonwerke, ein Asphaltwerk und einen Steinbruch im besetzten Westjordanland, für den palästinensische Bauern enteignet wurden.

Weiter Rüstungsexporte unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die Kommission Rüstungsexporte kritisierte am 12. Mai die Koalitionsbeschlüsse, nach denen der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung künftig halbjährlich vorgelegt und der Wirtschaftsausschuss des Bundestages zwei Wochen nach Exportgenehmigung durch den Bundessicherheitsrat informiert werden soll. Damit werde alles wie bisher hinter verschlossenen Türen im Bundessicherheitsrat entschieden und das Parlament könne weiterhin kein Kontrollrecht ausüben.

Die Rechte aller Israelis schützen

In einem Schreiben an den Botschafter Israels in Berlin, Yakov Hadas-Handelsman, kritisierte die Nahost-Kommission am 1. Juni, dass das Beduinendorf Al Arakib im Negev erneut zerstört und die Bäume entwurzelt wurden, um die Bewohner zu vertreiben und anstelle des Dorfes einen Wald anzupflanzen. Der Botschafter wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Rechte aller Bürger/innen Israels geachtet und geschützt werden.

EU-Taten gegen Siedlungsbau

Nach dem Scheitern der US-Vermittlungen im Konflikt zwischen Israel und Palästina forderte die Nahost-Kommission am 4. Juni von der EU „eindeutige Taten“, um den israelischen Siedlungsbau zu stoppen. Dieser war nach US-Diplomaten



Foto: pax christi Aachen

Aachener Friedenslauf unter dem Motto „1914-2014: Aus Feinden können Freunde werden – Mach den ersten Schritt!“

der Hauptgrund für das Scheitern der Verhandlungen. Die EU habe eine Leitlinie zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten auf Wunsch der US-Regierung zurückgehalten, um die Verhandlungen nicht zu stören.

Deutsche Afrika-Leitlinien tragen Militarisierung mit

In einem Kommentar zu den neuen „Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung“ kritisierte Heinz Werner Wessler von der Kommission Solidarität mit Zentralafrika am 4. Juni, sie brächten nichts Neues zum mafiösen Rohstoffhandel, zur Zertifizierung von Rohstoffen, zur zivilen Konfliktprevention und -transformation, zu den Gründen für den Migrationsdruck in Richtung Festung Europa und kein Wort zu Waffeneporten. Dagegen signalisiere die Regierung bereitwillig, dass sie die „Militarisierung der Afrikapolitik der westlichen Industriestaaten mitträgt. Das Tor zu zukünftigen Bundeswehreinsetzungen in Afrika ist offen.“

Menschenrechtsbeobachter in Chiapas gesucht

Die Kommission Solidarität Eine Welt unterstützte am 18. Juni einen Aufruf des Menschenrechtszentrums Fray Bartólome de las Casas in San Cristóbal/Mexico. Für ein Friedenscamp in Chiapas suchen sie freiwillige Menschenrechtsbeobachter ab 18 Jahren, die Aggressionen gegenüber den autonomen zapatistischen Gemeinden des Caracol von La Realidad beobachten und dazu beizutragen, dass die Würde ihrer Bewohner gewahrt bleibt.

Trauergruß für ermordete Jugendliche

Am 3. Juli schickte die Nahostkommission anlässlich der Ermordung von drei jüdischen und einem palästinensischen

Jugendlichen einen Trauergruß an die Partnerorganisationen B´Teselem, Gush Shalom, ICAHD und Rabbis for Human Rights, in dem sie sich der Forderung anschließen, dass die Mörder schnell gefunden und zur Rechenschaft gezogen werden und den Partnern „danken, dass ihr in der Stunde der Trauer Eure Stimmen gegen jede Art von Rache und Gewalt erhoben habt und Euch darin bestärken“.

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Diözesanverband Aachen

Laufen für den Frieden

Unter dem Motto „1914-2014: Aus Feinden können Freunde werden – Mach den ersten Schritt!“ haben sich etwa 2.000 Schüler/innen aus 19 Schulen am 13. Friedenslauf durch die Aachener Innenstadt beteiligt, der u.a. von pax christi vorbereitet wurde. Die Schüler/innen unterstützen mit den von ihnen erlaufenen Spenden in diesem Jahr Projekte, die sich in Aachen, im westlichen Balkan oder im Libanon für Anti-Rassismus-Arbeit sowie für Frieden und Versöhnung einsetzen.

Am 22. Mai 2014 protestierten etwa 30 Aktive der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt/Main



Foto: pax christi Limburg

Diözesanverband Köln

Aktionen gegen die Militär- & Rüstungsmesse ITEC

Unter dem Motto: „Krieg beginnt hier“ protestierten verschiedene Kölner Friedensgruppen im Bündnis gegen ITEC gegen die erneute Durchführung der internationalen Rüstungsmesse „ITEC“. Der Empfang für die Aussteller wurde von einem kreativen Demonstrationzug umrundet. Drei Tage lang hielten deutsche und niederländische Franziskaner und Kölner Friedensgruppen eine Mahnwache am Eingang der ITEC und sprachen mit Messebesuchern und Passanten über ihre Forderung nach drastischer Rückführung der Rüstungsetats von über 1.500 Mrd. \$ in Projekte der zivilen Konfliktbearbeitung und der Entwicklungshilfe.

Diözesanverband Limburg

Protest gegen die Rüstungsgeschäfte der Deutschen Bank

Am 22. Mai 2014 protestierten etwa 30 Aktive der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt/Main gegen die Beteiligung der Bank am todbringenden Rüstungsgeschäft. Die Deutsche Bank ist über Kredite, Anleihen und Aktienbeteiligungen an der Finanzierung und Produktion von Waffen beteiligt. Mit Blick auf die Opfer deutscher Waffen wird die finanzielle Unterstützung der Deutschen Bank von Rüstungsexporten und Atomwaffenherstellern kritisiert.

Diözesanverband Mainz

Pilgerweg zum Rochusberg

Auf Einladung von pax christi haben sich 20 Pilger/innen unter dem Motto „Geh aus mein Herz und suche Freud“ auf einen Pilgerweg von Bingen-Kempton zum Rochusberg aufgemacht. Dabei machten sie sich an der katholischen Kirche in Bingen-Kempton Gedanken zur Schöpfungsgeschichte und meditierten auf halber Strecke einen Text von Erhart Kästner. Mit einem Friedensgebet aus Nicaragua und einem Blick auf das Rheintal endete auf dem Rochusberg der Pilgerweg.

Unterschriften gegen Krieg

Unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ hat das Friedensmobil des Forums Ziviler Friedensdienst (forumZfD) in Mainz Station gemacht. Mainz war eine von 20 Städten, in denen die Friedens- und Konfliktberater/innen des Forums 10.000 Unterschriften für den Appell „Mehr Friedenspolitik statt Militäreinsätze“ sammeln möchten. Mit den Unterschriften wird am 6. September in Berlin ein Friedensband von der Berliner Siegessäule bis zum Kanzleramt gespannt. Denn schon allein in Zahlen gedacht: Bundeswehreinsetze von 1999 bis 2013 kosteten die Steuerzahler 32,5 Milliarden Euro – zivile Friedensarbeit dagegen nur 0,25 Milliarden Euro.



Foto: pax christi Köln

Internationale Rüstungsmesse ITEC: Der Empfang für die Aussteller wurde von einem kreativen Demonstrationszug umrundet.

Diözesanverband München

50 Jahre Sühnewallfahrt nach Auschwitz

Karlheinz Weißgerber erinnerte in München an die pax christi-Reise nach Polen vor 50 Jahren. Jene Sühnewallfahrt war die erste Fahrt einer westdeutschen katholischen Gruppe nach Polen, um dort Auschwitz und Birkenau zu besuchen und um ehemalige Häftlinge zu treffen. Da Gesten der Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigungsleistungen seitens der Bundesregierung zu dieser Zeit undenkbar waren, entschloss sich pax christi Deutschland anschließend im Rahmen der Aktion „Solidaritätsspende“

zu ersten finanziellen Hilfsmaßnahmen als Ausdruck von Sympathie und Solidarität mit den KZ-Überlebenden. Trotz schwierigster politischer Beziehungen zwischen Deutschland und Polen entstand daraus 1973, vorangetrieben vom damaligen Vizepräsidenten von pax christi, Alfons Erb, das Maximilian-Kolbe-Werk. Ein Höhepunkt der Reise war nach Auskunft von Weißgerber das Treffen mit dem damals erst kurz vorher ernannten Erzbischof von Krakau, Karol Wojtyła, in Bielitz.

Regionalverband Osnabrück-Hamburg

Arbeitshilfe zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg

Der Regionalverband Osnabrück-Hamburg hat eine Arbeitshilfe zum Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren für Gemeinden und Verbände herausgegeben. Das Dokument befasst sich mit der unrühmlichen Rolle der katholischen Kirche im Ersten Weltkrieg sowie den Kriegerdenkmälern aus der Nachkriegszeit und deren ideologischen Botschaften. Auch geht die Arbeitshilfe den Fragen nach, auf welche Weise kirchliche Gruppen und Institutionen an Gedenkveranstaltungen im öffentlichen Raum teilnehmen können und welche Haltung die Kirche zum Krieg einnehmen sollte. Die Herausgeber machen darin zudem zahlreiche Text- und Liedvorschläge für Gedenkgottesdienste oder Friedensgebete. Die Arbeitshilfe ist an alle Gemeinden des Bistums verteilt und von Informationsveranstaltungen und Beratungen für die Umsetzung begleitet worden.

Die Broschüre kann auf www.os-hh.paxchristi.de heruntergeladen werden.

TERMIN

16. bis 17. Januar 2015

Diözesanverband Freiburg

Der Krieg, die Kirchen und die Pazifisten

Eine Tagung an der Katholischen Akademie Freiburg wird sich mit der Rolle Max Josef Metzgers damals und heute auseinandersetzen sowie der Frage nachgehen, wie die Kirchen sich zu den Themen Krieg und Frieden damals verhielten und heute verhalten. Auch soll die Tagung aufzeigen, welche Lehren für die Gegenwart aus den Verwerfungen und Verwüstungen infolge der beiden großen Kriege des vergangenen Jahrhunderts zu ziehen sind.

Weitere Infos und Anmeldung unter freiburg@paxchristi.de oder Tel.: 0761.5144.269

Diözesanverband Paderborn

„Friedensklänge“ gegen Militärmusik

Als Gegenveranstaltung zu einer „Woche der Militärmusik“ in Paderborn, das u.a. mit einem Aufmarsch der Musikkorps von Heer, Luftwaffe und Marine vor dem Rathaus und einem Militärkonzert im Hohen Dom stattfand, beteiligte sich pax christi Paderborn Ende April an der Veranstaltungsreihe „Friedensklänge“. Vor dem Franziskanerkloster gab es täglich eine Offene Bühne mit Friedensliedern, Poetry Slam, Jazzmusik und klassischen Tönen. In der Kulturwerkstatt sprachen der Soziologe Arno Klönne über die historische Bedeutung von Soldatenliedern und der Publizist Michael von Glaßer über die Rolle der Militärmusik bei der Bundeswehrwerbung. „Am Ende gilt es eine Entscheidung zu treffen: Setze ich die Macht der Musik ein um Frieden zu stiften oder um Gewalt auszuüben?“, fragte die Musikwissenschaftlerin Mirijam Streibl in ihrem Vortrag zum Thema „Die Macht der Musik“.

Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

Demo und Friedensschiff am Bodensee

Genau 100 Jahre nach dem Attentat von Sarajevo trafen sich rund 250 Teilnehmer/innen in Friedrichshafen, um für einen Stopp der Waffenexporte zu demonstrieren und zu beten. „Wir wollen mit dem Ökumenischen Friedensschiff ein deutliches Zeichen setzen für einen Stopp der Waffenexporte und dem jetzt hundert Jahre alten Aufruf ‚Die Waffen nieder!‘ folgen“, erklärte die Mitorganisatorin Susanne Hellstern von pax christi Rottenburg-Stuttgart. Mit Samba-Band und bunten Plakaten ausgestattet zog ein Demonstrationszug vor die Tore von Rolls Royce Power Systems. Anschließend feierten 200 Friedensaktivist/innen einen ökumenischen Gottesdienst an Bord des Friedensschiffes, das die Teilnehmer/innen nach Bad Schachen zu den Friedensräumen, dem Friedensmuseum von pax christi Augsburg brachte.



Foto: pax christi Rottenburg-Stuttgart

Diözesanverband Trier

Aktionsmonat zur „Militarisierung der Gesellschaft“ im Saarland

Im Juni und Juli fand im Saarland ein Aktionsmonat zum Thema „Militarisierung der Gesellschaft“ statt. Mit Veranstaltungen, u.a. einer Nacht der Kirchen“, einer friedenspolitischen Kunstaktion und der Ausstellung „Wir scheuen keine Konflikte – Gewaltfrei für den Frieden“ des forumZfD, machte pax christi in einem breiten Bündnis aus Politik, Kirchen und Gewerkschaften in Saarbrücken, Saarlouis, Saarlellingen und St. Wendel auf Anzeichen der Militarisierung aufmerksam.

Aus Leser/innenbriefen

„Wir führen keinen Krieg“ pax_zeit 2/2014

Joachim Hofknecht aus Hildesheim macht Anmerkungen zu Georg Meggle „Wir führen keinen Krieg“ pax_zeit 2/2014. Er ist Georg Meggle dankbar für seinen Beitrag, weil er zu einer Diskussion darüber zwingt, ob „wir“ Gewalt in bestimmten Situationen befürworten dürfen, um die wir uns gern in pax christi drücken oder aber sie allein unter den Prämissen „richtig oder falsch“, „gut oder böse“ führen und damit in geschlossenen Kategorien denken, ohne die notwendige Offenheit für einen fruchtbaren Dialog. Andererseits ist ihm der Artikel zu theoretisch.

pax_zeit im neuen Erscheinungsbild

Sascha Joch aus Augsburg wünscht uns mehr Drucker-schwärze ... Die Redaktion bittet um Nachsicht und bleibt für dieses Jahr beim bestehenden Layout.

Das ökumenische Friedensschiff fuhr verschiedene Stationen am Bodensee an. Hier eine der Kundgebungen gegen Rüstungsexporte an Land.

Feldpostbrief 2014

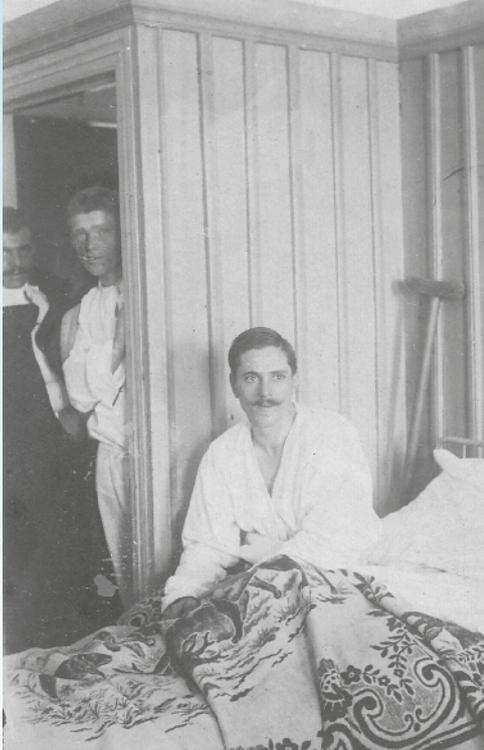


Foto: Claudia Dichtl

Veronika Hüning
Geistliche Beirätin von pax christi Münster

Lieber Opa Wilhelm!

Du lebst zwar nicht mehr, doch ich habe eine lebhaftere Erinnerung an dich, wie du bei uns im Garten auf einem hohen Kissenpolster im Sessel sitzt – du warst schon ziemlich krank. Kurz vor der Jahrhundertwende bist du geboren und als der Erste Weltkrieg begann, warst du noch nicht ganz erwachsen; die Einberufung blieb dir erspart. Dein Vater war im Krieg, oder? Hat er seiner Frau Feldpostbriefe geschrieben? Was für Erfahrungen haben ihn wohl geprägt? Hat er geglaubt, dass es „süß und ehrenvoll ist, für das Vaterland zu sterben“? Ich kann mir gut vorstellen, dass er sich den Frieden herbeigesehnt hat, und seine Frau und du ebenso.

Es wäre schön gewesen, wenn die Sehnsucht nach Frieden in deiner Familie weitergegeben worden wäre – an alle deine Kinder. Doch einige deiner Söhne haben sich als junge Männer im Zweiten Weltkrieg schon wieder nach dem „Feld der Ehre“ gesehnt, das Banner der Tapferkeit hochgehalten, Karriere, Ruhm und Orden angestrebt. Bei deinem Zweitjüngsten, meinem Vater, habe ich die Sehnsucht nach Frieden gespürt. Ich glaube, er war es, der sie mir in die Wiege gelegt hat, zusammen mit der Hochachtung vor der Würde jedes Menschen und der Sorge um eine gerechte Gesellschaft.

Lieber Opa, kannst du es verstehen, dass wir heute die Friedensarbeit als das „Feld der Ehre“ ansehen? Hier, wo wir um ein Mehr an Gerechtigkeit kämpfen, wo wir um den Verzicht auf Macht und Gewalt ringen, da ist für uns der Ernstfall, der Ernstfall Frieden!

Vielleicht würdest du den Kopf schütteln, wenn du das Motto heute hörtest: „Wir bleiben dabei – Frieden schaffen ohne Waffen!“ Du würdest vielleicht sagen, das sei dem Menschen nicht möglich. Aber es kann auch gut sein, dass du an unserer Seite stündest. Du könntest an deinen Vater denken, in Blut und Schlamm im Schützengraben in Belgien. Und du könntest uns zustimmen: „Im Krieg ist kein Heil.“ Das weißt du nicht zuletzt, weil Onkel Anton und Onkel Siegfried 1944 und 1945 an der Front getötet wurden und du keinen Sinn darin sahst. So viel hattest du noch mit ihnen vor, in deinem Eisenwarenhandel! So kann es gut sein, dass du uns Glück wünschen würdest – für unsere vielen kleinen und beharrlichen Schritte zum friedlichen Zusammenleben aller Völker, aller Menschen auf Gottes schöner Erde.

*Darauf hofft
Deine Enkelin Veronika*

Ein „Antikriegstagebuch“ oder: Feldpostbriefe des 21. Jahrhunderts

Den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren nimmt pax christi im Bistum Münster zum Anlass zu fragen: Gibt es – aus der Erfahrung der Geschichte und der Geschichten unserer Eltern und Großeltern – Konsequenzen für unser konkretes Handeln heute? Was können wir tun angesichts der Zunahme gewalttätiger Konflikte zwischen Völkern, Nationen und Religionen?

Der Diözesanverband Münster lädt seit Anfang August dazu ein, persönlich geprägte Gedanken zu formulieren und an muenster@paxchristi.de zu senden. Jeweils ein Beitrag von ca. 30 Zeilen soll monatlich auf der Homepage und auf Facebook veröffentlicht werden.

Friedenspreis an Flüchtlingsdienst der Jesuiten in Syrien

Wiltrud Rösch-Metzler

Der Internationale Pax Christi-Friedenspreis ist in diesem Jahr an den syrischen Flüchtlingsdienst der Jesuiten verliehen worden. Pater Murad Abu Seif aus Aleppo und Pater Ziad Hilal aus Homs haben den aus dem Kardinal-Alfrink-Fonds gestifteten Preis an Pfingsten in der St. Kirche in Sarajewo in dem von Pax Christi International (PCI) organisierten Festakt entgegengenommen.

Dieser Flüchtlingsdienst besteht aus Christen, Muslimen, Kurden, Armeniern... „aus dem syrischen Volk, das sich selbst

mobilisiert, um Syrien aus dem Krieg heraus zu bringen. Indem wir zusammenarbeiten, entdecken wir uns gegenseitig in einem neuen Geist, und die Bewohner von Aleppo können das auch sehen“, berichtete Pater Murad. Sie wollen ihre Arbeit in Syrien ungeachtet aller Risiken weiterführen.

Im vierten Kriegsjahr begleitet der Dienst über 300.000 Menschen. Die Hilfe ist immateriell und materiell: Solidarität, Hoffnung und Versöhnung, warme Mahlzeiten sowie Unterricht. Zur Arbeit vor Ort gehört auch der Dialog mit den anderen religiösen Führern sowie Mediation zwischen Regierungsarmee und anderen bewaffneten Gruppen, wo dies möglich ist.

